

Staatsrechtliche Rahmenbedingungen für eine Umsetzung von NPM in den Gerichten

SGVW-Fachtagung "Wirkungsorientierte

Verwaltungsführung in der Justiz" vom 21. März 2003

PD Dr. Andreas Lienhard, Assistenzprofessor



Aufbau des Referats

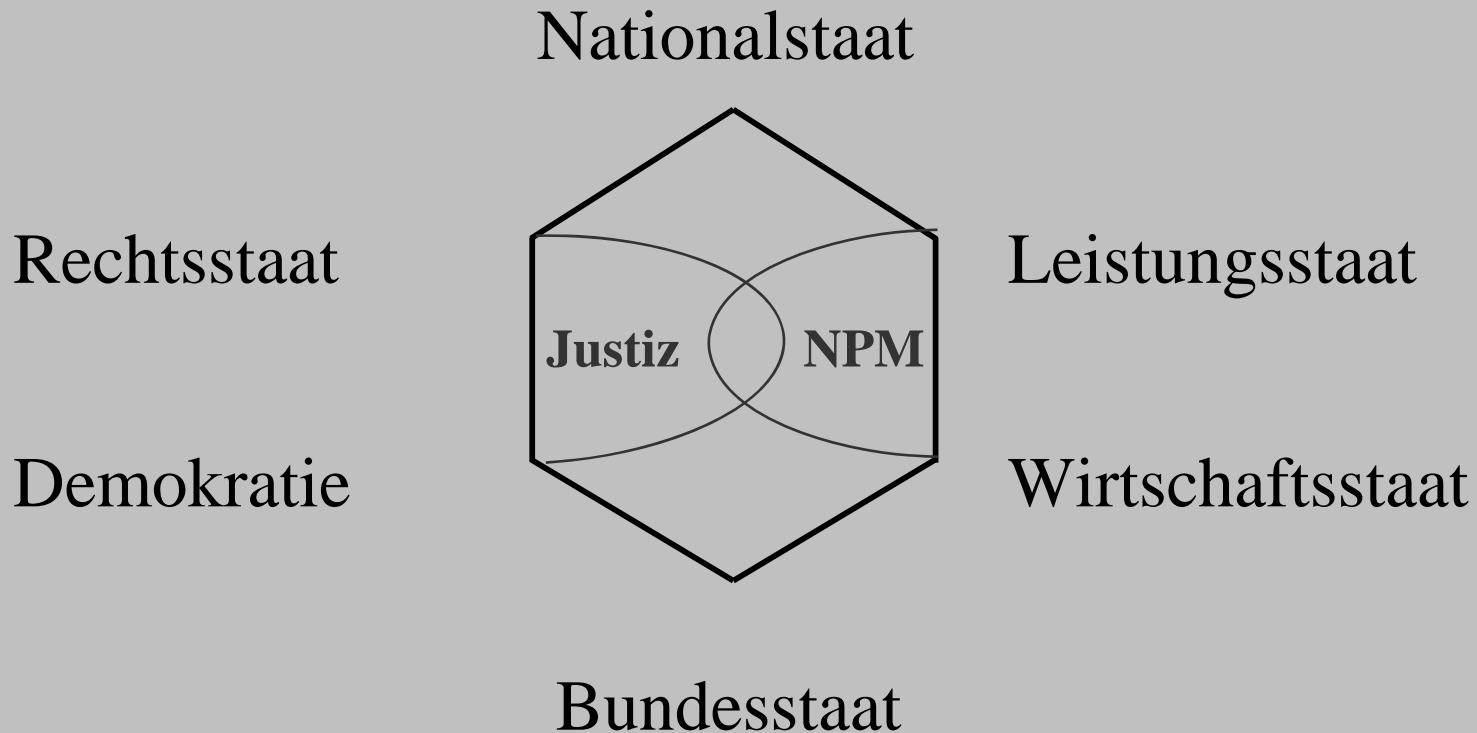
1. Gerichtsmanagement und Allgemeine Verfassungsprinzipien
2. Gerichtsmanagement und richterliche Unabhängigkeit
3. Gerichtsmanagement und allgemeine Verfahrensgarantien
4. Gerichtsmanagement und Legalitätsprinzip
5. Fazit für eine Umsetzung von NPM in den Gerichten



1. Gerichtsmanagement und Allgemeine Verfassungs- prinzipien



Verfassungsprinzipien im Spannungsverhältnis



Hexagon in Anlehnung an Philippe Mastronardi, NPM im Kontext unserer Staatsordnung, S. 61



2. Gerichtsmanagement und richterliche Unabhängigkeit (Art. 30 BV, Art. 191c BV)



Richterliche Unabhängigkeit

- grundrechtlicher Anspruch (Art. 30 BV)
- Organisationsgrundsatz (Art. 191c BV)
- besondere Ausprägung des Gewaltenteilungsgrundsatzes

- institutionenbezogene Komponente
 - organisatorische, funktionelle, personelle Unabhängigkeit
- personenbezogene Komponente
 - innere Unabhängigkeit, Unbefangenheit, Unparteilichkeit, Unvoreingenommenheit

⇒ Verbot, die Rechtsprechung anzuleiten



Kostenverantwortung

„Der Finanzhaushalt ist sparsam, wirtschaftlich sowie konjunktur- und verursachergerecht zu führen. Er soll mittelfristig ausgeglichen sein.“

Art. 101 Abs. 1 BE KV

„Die eidgenössischen Gerichte unterstehen der Finanzaufsicht durch die Eidgenössische Finanzkontrolle, soweit sie der Ausübung der Oberaufsicht durch die Bundesversammlung dient.“

Art. 8 Abs. 2 FKG



Wirksamkeitsverantwortung

- Wirksamkeitsprüfungen (Art. 170 BV)
- Wirkungsziele
 - Rechtsfrieden
 - Rechtssicherheit
 - Gerechtigkeit
 - Rechtsfortbildung
 - ...



Leistungsaufträge und Globalbudgets

- Globalbudgets
 - Stärkung der richterlichen Unabhängigkeit
- Leistungs- und Wirkungsvorgaben
 - Bezug zu Rechtsprechung: durchschnittliche, unverbindliche Planungswerte
 - Justizverwaltung: verbindliche Vorgaben



Steuernde Staatsorgane

- oberste Gerichte
 - Rechtsprechung und Geschäftsführung
- Parlament
 - Budgetverantwortung
- Parlament und Regierung
 - Planungsverantwortung
- Regierung und Verwaltung
 - Justizverwaltung
 - Vollzugsaufgaben



Konsequenzen

- Selbstkontrolle, Qualitätszirkel, Weiterbildung
- Strukturelle Anpassungen, Ressourcenbedarf
- Aufsicht und Oberaufsicht



Leistungsabhängige Besoldung

- ergebnisabhängige Boni?
- Leistungsgehälter?
- Spontanprämien?



3. Gerichtsmanagement und allgemeine Verfahrens- garantien (Art. 29 BV)



Spannungsfelder

- Kundenorientierung – Anspruch auf rechtsgleichen Zugang
 - Expressschalter
- Kostendruck – Anspruch auf rechtsgleichen Zugang
 - bevorzugte Behandlung
- Kostendruck – Rechtsverweigerungsverbot
 - mangelhafte Abklärung des Sachverhalts
 - Nichtausschöpfen der Kognition
 - Drängen zu Vergleichen
- Kostendruck – Anspruch auf rechtliches Gehör
 - verkürzte Rechte im Beweisverfahren
 - geringere Begründungsdichte
- Kostendruck – Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege



4. Gerichtsmanagement und Legalitätsprinzip (Art. 5 Abs. 1 BV)



Finale Rechtsetzung

- schlanke, offene Normierung
- Zielbestimmungen
- rechtssatzmässige Leistungsziele
- Verfahrens- und Sanktionenrecht
- Organisationsrecht
- Justiziabilität offener Normen



5. Fazit für eine Umsetzung von NPM in den Gerichten



NPM und Gerichte

- Wirkungs- und Effizienzorientierung der Gerichte
- Rechtsstaatliche Schranken
- Beschränkte Umsetzbarkeit von NPM-Modellen
- Differenzierung zwischen Rechtsprechung und Justizverwaltung

